

Der Oberbürgermeister

I/01-012-20-06-kr

Dezernat/Fachbereich/AZ

12.11.09

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	16.11.2009	Vorberatung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	14.12.2009	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Einrichtung einer ambulaten Forensik an der Rheinischen Landeslinik Langenfeld

- Antrag der Fraktion pro NRW vom 03.11.09
- Stellungnahme der Verwaltung vom 09.11.09

Text der Stellungnahme:

s. Anlage

50-vt-sch
Helga Vogt
☎ 50 00

09.11.09

01

über Herrn Beigeordneten Stein
über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

gez. Stein
gez. Buchhorn

**Einrichtung einer ambulanten Forensik an der Rheinischen Klinik Langenfeld
- Antrag der Fraktion pro NRW vom 03.11.2009
- Nr. 0164/2009**

Zum oben angegebenen Antrag wird wie folgt Stellung genommen:

Aufgrund der Pressemitteilungen erfolgte bereits ein Gespräch mit dem Ärztlichen Direktor der Rheinischen Kliniken Langenfeld.

Der Sachverhalt stellt sich wie folgt dar:

Die Federführung für die Maßnahme hat das Justizministerium des Landes. Eine vom Ministerium eingerichtete Arbeitsgruppe hat ein Konzept für eine Nachsorgeambulanz erstellt. Dieses Konzept wurde im September fertig gestellt und soll in 2 Regionen, Bielefeld und Langenfeld, als Modellprojekt umgesetzt werden.

Es handelt sich bei dem Personenkreis nicht um Patienten der Forensik, sondern um (bisherige) Inhaftierte,

- die eine schwere Tat begangen haben, wobei die Delikte unterschiedlich sind
- mindestens zu 2 Jahren Haft verurteilt wurden
- ihre Strafe voll abgesessen haben,
- eine psychische Erkrankung haben und nicht durch die niedergelassenen Ärzte erfasst werden.

Bereits während der Haft soll durch die Klinikambulanz eine Kontaktaufnahme erfolgen und zwar 6-9 Monate vor der Entlassung. Es wird ein Behandlungsplan erstellt. In den ersten 6 Monaten nach Entlassung erfolgt die Hilfe aufsuchend, also in der Wohnung des Betroffenen; im Anschluss daran wird die Behandlung in der Klinik ambulant weitergeführt.

Es ist eine wohnortnahe Versorgung geplant und nicht der Zuzug von Haftentlassenen aus anderen Landessteilen. Hierbei kann sich der Einzugsbereich auf das Versorgungsgebiet der Rheinischen Kliniken, also auch nach Leverkusen ausdehnen.

Die Justizministerin hat persönlich in den letzten Tagen in Langenfeld an einem einberufenen Runden Tisch teilgenommen. Dort wurde vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe vor Ort eingerichtet wird, um den Prozess zu begleiten. Die Stadt Langenfeld möchte damit u.a. Bedenken entgegen treten, dass sich Haftentlassene dort eine Wohnung suchen, um das Betreuungsangebot wahrnehmen zu können.

Die Stadt Leverkusen hat sich inzwischen an das Justizministerium gewandt und gebeten, an dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen.

gez. Vogt